



# BürgerInnenbrief

20. März 2012

**DIE LINKE.** Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft

Stadtpolitische Konferenz +++ Die ersten 100 Tage +++ Hapag-Lloyd +++ Wilhelmsburg +++ Busbeschleunigung

## »Für ein soziales Hamburg«



Hamburger LINKE konferieren (Foto: M. Joho)

Auf einer Stadtpolitischen Konferenz am Samstag, den 31. März, will die Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft eine Bilanz des einjährigen Wirkens des SPD-Senats ziehen und zugleich die Alternativen der LINKEN verdeutlichen. Die Tagung findet von 10:00 bis 18:00 Uhr im Hamburger Rathaus statt. Interessierte sind herzlich eingeladen, der Eintritt ist frei.

Nach einem Frühstücksbuffet geht es um 10:30 Uhr mit einer grundlegenden »Kritik stadtpolitischer Entwicklungskonzepte« von Prof. Rainer Volkmann los. In fünf Arbeitsgruppen von 11 bis 13 und 14 bis 16 Uhr (dazwischen liegt das Mittagessen) heißt es dann, den Schwerpunkten einer sozialen Metropolenpolitik zu Leibe zu rücken. Eingeleitet von AkteurInnen aus verschiedenen Initiativen und Einrichtungen geht es um die Bereiche

- Grundrechte und Demokratie
- Alternativen zu Kürzungen und sozialer Spaltung in Bildung, Wissenschaft und Kultur

- Wohnungsbau und Obdachlosigkeit
- Arbeit und Armut
- Hamburg - Rüstungsstadt oder Zentrum internationaler Solidarität?

Die Abschlussdebatte »Für ein soziales Hamburg - Die Dinge selbst in die Hand nehmen« beginnt nach einem Imbiss gegen 17 Uhr. TeilnehmerInnen sind Bela Rogalla und Jan van Aken (MdB) sowie die Bürgerschaftsabgeordneten der LINKEN Dora Heyenn, Heike Sudmann und Tim Golke. Die Moderation übernehmen Gerald Kemski und Svenja Spohr.

Aus organisatorischen Gründen und um eine ausreichende Verpflegung zu gewährleisten, wird um Anmeldung unter Angabe der Arbeitsgruppe und des etwaigen Wunsches nach Kinderbetreuung gebeten: [info@linksfraktion-hamburg.de](mailto:info@linksfraktion-hamburg.de), Tel. 42 831-22 50. Über die ReferentInnen in den einzelnen Arbeitsgruppen wird auf der Website [www.linksfraktion-hamburg.de](http://www.linksfraktion-hamburg.de) informiert. Wir zitieren hier aus dem Aufruf zur Stadtpolitischen Konferenz:

## Ein Jahr SPD-Senat

Jedes vierte Kind in Hamburg lebt in Armut. Die Wohnungsnot wird immer schlimmer, es fehlen Sozialwohnungen, und die Mieten steigen dramatisch. Schulbibliotheken werden geschlossen, die Fahrkarten für Busse und Bahnen werden immer teurer, viele Menschen sind arm trotz Arbeit. Sie können von ihrem Lohn nicht leben und sind zusätzlich auf Hartz IV angewiesen. Hamburg ist die Hochburg der schlecht bezahlten LeiharbeiterInnen. Gegenüber Flüchtlingen exekutiert der SPD-Senat eine eiskalte Abschiebepolitik, die mit dem Anspruch einer weltoffenen und toleranten Stadt nicht vereinbar ist. Dies sind Schlaglichter auf die soziale Lage in Hamburg kurz vor dem einjährigen Amts-Jubiläum von Olaf Scholz am 7. März 2012. Von einem grundlegenden Politikwechsel für ein soziales Hamburg, wie ihn DIE LINKE einfordert, ist die Stadt weit entfernt. Auch Scholz' Versprechen bei Regierungsantritt: »Wir werden dafür sorgen, dass sich alle das Leben in Hamburg leisten können«, klingt wie Hohn in den Ohren der Opfer der tiefgreifenden sozialen Spaltung. Doch es gibt eine Alternative zu dem unsozialen »Weiter so«. Menschen artikulieren diese Alternative auf der Straße, in Volksbegehren und in der Occupy-Bewegung. DIE LINKE tritt im Parlament und auf der Straße für einen grundsätzlichen Politikwechsel ein.

### Umsteuern, nicht kürzen: Millionäre zur Kasse!

Hamburg ist die reichste Stadt Deutschlands und eine der wirtschaftsstärksten Regionen Europas: 627 Einkommensmillionäre und etwa 11.000 Vermögensmillionäre leben hier. Kehrseite des immensen privaten Reichtums ist die öffentliche Armut. Die öffentlichen Kassen sind leer. Das liegt nicht nur an der Steuersenkungspolitik der letzten 15 Jahre, sondern auch am ungenierten Griff in die Steuerschatulle, um Protz-Projekte wie die Elbphilharmonie zu bezahlen. Zudem trägt Hamburg schwer an den Folgen der Privatisierungspolitik von SPD, GAL und CDU: Für ein Butterbrot haben sie die Energieversorger und Krankenhäuser an Konzerne verkauft, die damit nun dicke Gewinne machen – der Stadt aber damit große finanzielle Lasten aufgebürdet.

DIE LINKE bleibt dabei: Die Profiteure der Eurokrise und die Banken müssen zur Kasse gebeten werden! Ohne einen entschlossenen Kurswechsel in der Steuerpolitik lässt sich kein Landeshaushalt sanieren. Wir wollen z.B. den Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer wieder auf sein früheres Niveau erhöhen und die »Abgeltungsteuer« auf Kapitalerträge abschaffen – denn es ist ein Skandal, dass Löhne und Gehälter höher besteuert werden als Zinseinkünfte! Hamburg könnte durch mehr Steuerprüfer, die Hamburgs Millionäre genauer überprüfen, mehr Geld einnehmen.

Die Politik des Senats ist jedoch weit davon entfernt: Mit dem Doppelhaushalt 2011/2012 sind die nächsten Runden der konzeptlosen Kürzungspolitik eingeläutet worden: Gekürzt und gestrichen wird bei Investitionen, der sozialen Infrastruktur, bei der Beschäftigungspolitik und beim öffentlichen Dienst. Dies ist der falsche Weg. Am deutlichsten wird die verheerende Richtung der Senatspolitik an den neuesten Kürzungen bei der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Bereits in den letzten Jahrzehnten wurden die Mittel für Jugendämter und Sozialarbeit so weit zusammengestrichen, dass Todesfälle von Kindern in staatlicher Obhut wie Chantal nicht verhindert werden konnten. Die kalte Antwort des Senats: Wir kürzen weiter.

### Wir brauchen mehr als Politikmarketing

Der Wille der BürgerInnen gilt diesem Senat so wenig wie seinem Vorgänger. Die CDU hat die öffentlichen Krankenhäuser verscherbelt, der SPD-Senat will dafür sorgen, dass die Energienetze zu fast 75% bei den Atomkonzernen verbleiben – obwohl ein erfolgreiches Volksbegehren will, dass die Stadt die Netze selbst betreibt. Was von den Geheimverträgen zwischen Scholz, Vattenfall und e.on bis jetzt bekannt ist, macht vor allem eines deutlich: Scholz will die Macht der Atomkonzerne unbedingt sichern.

Das Projekt Elbphilharmonie – von allen Parteien außer der LINKEN unterstützt – wird immer unkalkulierbarer, chaotischer und teurer. Doch Scholz will dafür »Akzeptanz gewinnen« und fordert, »dass jedes Hamburger Kind ein Konzert in der Elbphilharmonie besucht«. Welch eine Vision – angesichts der Schließung von Schulbibliotheken, höherer Schülerzahlen in den Klassen als versprochen, fehlender Ausbildungsplätze und vieler anderer Zumutungen.

### Diskussionen führen, Proteste stärken

DIE LINKE. Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft lädt ein zu einem stadtpolitischen Ratschlag am 31. März im Hamburger Rathaus.

DIE LINKE ist die einzige Partei im Bundestag und in der Bürgerschaft, die der unsozialen Kürzungspolitik, von der nur Reiche und Banken profitieren, eine Alternative entgegengesetzt. Als LINKE haben wir in der Bürgerschaft zahlreiche Initiativen für eine andere Politik gestartet: Für die Erhöhung der Mietobergrenzen für Hartz-IV- und Sozialgeld-BezieherInnen, für das Ende der öffentlichen Förderung von Leiharbeit, für die Einführung eines echten Sozialtickets und vieles mehr. Wir sagen: für eine Haushaltssanierung sind deutliche, sozial gerechte Einnahmensteigerungen notwendig. Genauso sind wir auf der Straße zu finden, wenn es darum geht, für eine grundlegend andere Politik öffentlich Druck zu machen. Denn die ist mit diesem Senat nicht zu haben.

Am 31. März laden wir die interessierten Bürgerinnen und Bürger von 11 bis 18 Uhr ins Hamburger Rathaus zum Stadtpolitischen Ratschlag ein, um gemeinsam mit ihnen und mit kompetenten PartnerInnen aus sozialen Bewegungen und Initiativen Alternativen zu diskutieren und gemeinsame neue Handlungsoptionen zu eröffnen: Für ein soziales Hamburg.

## Die ersten 100 Tage...

Von Tim Golke



Bei der Eröffnung der Gewerkschaftshaus-Ausstellung zum Gedenken an die Nazi-Opfer seit 1990 (Foto: M. Joho)

Am Freitag, den 9. März 2012, hatte ich das Mandat in der Bürgerschaft seit genau 100 Tagen inne. Die Wirren meiner Examensklausuren liegen weit genug zurück, die mündliche Prüfung wirft ihre Schatten noch lang voraus, sodass Zeit für einen kleinen Rückblick bleibt.

100 Tage sind die Zeit, die einem Politiker zur Verfügung stehen, um sich in neue Aufgabenfelder einzuarbeiten. Für mich hat das nach den Aufräumarbeiten infolge des Steinwurfs in mein Abgeordnetenbüro zunächst bedeutet, dieses neu einzurichten. Außerdem galt es, ein System zu entwickeln, mich angesichts der Materialmengen auf Sinnvolles zu konzentrieren und nur das Wichtige abzulegen, wenig Bedeutendes jedoch dem Altpapier zuzuführen. Außerdem waren die ersten 100 Tage geprägt von zahlreichen Terminen mit Initiativen und Aktiven, die mich oder die ich gerne kennenlernen wollte(n).

So war ich nach freundlicher Einladung im Rahmen einer Veranstaltung der »Fraktion vor Ort« zu Gast im Ortsverband der LINKEN Wandsbek-Kern, um dort mich selber und meine Arbeitsgebiete in der Bürgerschaft vorzustellen. Auch wenn es noch gewöhnungsbedürftig ist, meinen Namen auf Plakaten zu lesen, waren dort etwa 25 Menschen zugegen, die nicht nur, aber auch aus der Partei kamen und viele Fragen zu mir und zur Politik der Linksfraktion in der Bürgerschaft hatten. Eine ebenso freundliche Einladung erreichte mich aus der Stadtteilgruppe in Lurup. Hier konnte ich mit etwa einem Dutzend BürgerInnen Vorstellungen für soziale Beschäftigung statt Ein-Euro-Jobs diskutieren.

Ich bin in der Woche ab ca. 8 Uhr in meinem Abgeordnetenbüro in der Borgfelder Straße 83 und über den Tag hinaus meist, wenn keine anderen Veranstaltungen anliegen, erst zum Abendessen wieder zu Hause. Allerdings stehen



auch Abendtermine – bedingt durch Veranstaltungen, Bürgerschafts- und Ausschusssitzungen – über die ganze Woche inklusive Wochenende an. Das sorgt so manches Mal dafür, dass meine Frau und unser Sohn leider viel zu kurz kommen. Für ihre Solidarität und Unterstützung möchte ich mich herzlich bedanken.

Die Tätigkeit in den Ausschüssen, die für mich übrigens im Verkehrsausschuss begann, bedarf der besonderen Erwähnung. In diesem Zusammenhang einen herzlichen Dank an meine Mitherausgeberin Heike Sudmann und an Kersten Artus, die mich praktisch und theoretisch in die Ausschussarbeit eingeweiht haben. Mein erster Stadtentwicklungsausschuss brachte beispielsweise die Anhörung zum Thema Wohnen und Mieten, die letztlich auf einen in die Bürgerschaft eingebrachten Mietrechts-Antrag unserer Linksfraktion zurückging. Spannend dabei war, dass der Ausschussvorsitzende kurz auf den umfangreichen Fragenkatalog einging und es dann den ExpertInnen überließ, sich nur auf bestimmte Fragen einzulassen.

Im Sozialausschuss erlebte ich zunächst eine müde, skandalös kurze Sitzung, die sich mit dem Thema barrierefreies Rathaus beschäftigte und den Tätigkeitsbericht der Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen in den Jahren 2000 bis 2010 entgegennahm. Beim Thema barrierefreies Rathaus lässt sich feststellen, dass nach wie vor, bis auf Türdrücker-Fußleisten in den Kanzleitreppehäusern, nicht viel passiert ist. Nicht einmal das RednerInnenpult im Plenarsaal ist barrierefrei, von einem barrierefreien Zugang zu sämtlichen Rathausebenen ganz zu schweigen. Zur Tätig-

keit der Senatskoordinatorin lässt sich feststellen: »Sie darf alles, nur kein Geld ausgeben.«

Eingehen will ich noch auf den Verfassungs- und Bezirksausschuss. Dorthin wird alles überwiesen, was irgendwie nirgendwo hinpasst. So musste ich mich z.B. mit dem unsäglichen CDU-Antrag »Einheitliches Rauch- und Alkoholverbot auf Hamburger Spielplätzen« auseinandersetzen. Man mag ja geneigt sein, diesen Antrag zu befürworten. Den »christlichen KollegInnen« ging es dabei aber weniger um zweifellos wichtigen Gesundheitsschutz für kleine Kinder und die Gefahren durch Passivrauchen, sondern vielmehr um die Vertreibung von anderen Gruppen zu Zeiten, wo sich kein Kind auf einem Spielplatz aufhält.

Schließlich die Bürgerschaftssitzungen. Die ersten 100 Tage brachten auch meine ersten beiden Reden mit sich. Es ging um die Beratung für migrantische ArbeitnehmerInnen und das Verbot einer Förderung von Leiharbeit durch das Jobcenter. Die entsprechenden Beiträge haben in das Plenarprotokoll Eingang gefunden. Bemerkenswert ist vielleicht, dass ich vor meiner ersten Rede darum bat, mich kurz am RednerInnenpult zurechtfinden zu können, da dies meine erste Rede sei, was mir den Applaus eines wesentlichen Teils der Abgeordneten einbrachte. Nach diesem Bonmot vergaß ich natürlich prompt die obligatorische Begrüßung. Diese soll hier meine Verabschiedung sein: Vielen Dank, Frau Präsidentin, meine Damen und Herren.

Statements, Positionen, Anfragen usw. von Tim Golke ab sofort unter: <http://tim-golke.de/>

## Bürgermeister als Reeder und Hafenmeister

Von Joachim Bischoff



Nachhaltig gestaltete Hafenmetropole? (Foto: M. Joho)

Olaf Scholz (SPD) hat in einer Regierungserklärung die Senatspläne für die Übernahme zusätzlicher Anteile an der Reederei Hapag-Lloyd AG (HLAG) erläutert. »Mit diesem Verhandlungspaket haben wir einen fairen Interessenausgleich mit der TUI erreicht.« Der Senat will die städtischen Anteile am Unternehmen von 23,6 auf 36,9% steigern. Die Kosten

dafür belaufen sich auf 420 Mio. Euro, für die die Stadt zusätzliche Kredite aufnehmen muss. Insgesamt ist dem Bundesland Hamburg sein Engagement im Reederei-Geschäft 1,2 Mrd. Euro wert. Für die nötigen Kredite zum Kauf weiterer Unternehmensanteile braucht der Senat jedoch die Zustimmung des Parlaments.

Hapag-Lloyd ist eines der traditionsreichsten Unternehmen und damit auch wichtiger Faktor für Arbeitsplätze und Einkommen in Hamburg. Schon 2008, kurz vor dem Ausbruch der bis heute anhaltenden schweren Wirtschafts- und Finanzkrise, hat sich die Stadt – damals noch von Schwarz-Grün regiert – entschlossen, die Traditionsreederei vor dem Zugriff durch einen internationalen Investor abzuschirmen. Die Stadt gründete mit privaten InvestorInnen das Albert-Ballin-Konsortium und investierte rund 735 Mio. Euro. Das Ziel damals wie heute: die HLAG als eigenständige Reederei mit Sitz in Hamburg zu erhalten und weiter zu entwickeln.

Keine Frage: Die Absicht, ein für die Hamburger Wirtschaftsstruktur wichtiges Unternehmen dem nationalen Einfluss zu erhalten, rückt eine Reihe von drängenden Problemen in den Fokus:

Hamburg avanciert mit dem Ankauf weiterer Anteile zum größten Investor eines weltweit agierenden Unternehmens; die politische Führung der Hansestadt zeichnet sich bisher allerdings nicht durch ausgewiesene Kompetenz in der Unternehmenspolitik aus.

Selbst wenn dieses Engagement als vorübergehende Intervention verstanden wird, bleibt festzuhalten: Die Krise hat dazu geführt, dass ein Weiterverkauf oder Börsengang seit 2008 wegen der damit verbundenen Risiken unterblieben ist. Die Stadt handelt als Investor, und zu Recht wird gefragt, ob das eingesetzte Kapital auch ohne Wertberichtigungen zurückfließen wird. Da diese »Vermögenspolitik« selbst über Kredite erfolgt, ist die Neuverschuldung und die aus dem Haushalt zu tragende Zinslast von ca. 50 Mio. Euro jährlich in den Zeiten der »Schuldenbremse« sehr kritisch zu sehen. Das bisherige Hapag-Engagement der Stadt weist 81,6 Mio. Euro Finanzierungskosten aus, aber nur 23,5 Mio. Euro Einnahmen. Unterm Strich ist das ein Minus von 58,1 Mio. Euro – keine überzeugende Begründung dafür, den Anteil auszuweiten.

Nicht zu bestreiten ist schließlich, dass im Geschäftsfeld der Seefracht und Logistik die Krisenkonstellation noch keineswegs überwunden ist.

Die TUI selbst und damit auch der Aktienkurs der TUI stehen gewaltig unter Druck. TUI benötigt dringend flüssige Mittel. Der Analyst Morgan Stanley hatte im letzten Jahr eine Bewertung der HLAG-Anteile der TUI vorgenommen und war zu einem negativen Ergebnis gekommen. Morgan Stanley hält allerdings eine Verdoppelung des TUI-Aktienkurses innerhalb der kommenden sechs Monate in dem Falle für möglich, dass die TUI ihr HLAG-Paket spätestens Januar 2012 verkaufen kann. Dieses scheint ja nun bis Mitte 2012 zu funktionieren.

Was könnte eine Stabilisierung der HLAG gefährden?

Die GesellschafterInnen streben für 2013 erneut einen Börsengang an, wenn die Geschäfte und somit die Ergebnisse der HLAG sich stabilisieren. Die Risiken, dass diese Stabilisierung nicht gelingt, bleiben allerdings hoch. Folgende Faktoren spielen dabei vor allem eine Rolle:

- Die Frachtraten verbleiben auf niedrigem Niveau bzw. fallen weiter.
- Die Konjunkturdaten in Asien konsolidieren sich auf niedrigem Niveau.

- Die Energiepreise steigen weiter.
- Der Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven mit der Hauptnutzerin, der dänischen Reederei Maersk, etabliert sich wie von den BetreiberInnen erhofft.
- Ein weiterer Gesellschafter innerhalb der HLAG kommt in eine Notsituation und müsste Kasse machen. Das würde erneut zu einer schweren Unruhe innerhalb der Gesellschaftergemeinschaft führen. Alle derzeit geplanten Vereinbarungen wären nicht mehr realisierbar.

Warum muss der Senat eine Lösung finden? Der Senat muss sich bildlich zwischen »Pest und Cholera« entscheiden. Die für Hamburg schwerwiegenden und kostspieligen Vertragsgrundlagen hat der schwarz-grüne Vorgängersenk geschaften. Somit ist er auch verantwortlich für die derzeit überaus starke Verhandlungsposition der TUI. Verhandlungsführer für die Stadt Hamburg war seinerzeit der ehemalige CDU-Senator Dr. Peiner. Der Antwort auf eine Kleine Anfrage ist zu entnehmen, dass Peiner pikanterweise bereits seit 2007 Verwaltungsratsmitglied bei Kühne<sup>1</sup> und derzeit immer noch Kühnes Berater ist.

Angesichts der übernommenen Vertragslage und der aktuellen ökonomischen Rahmenbedingungen drängt sich die Einschätzung auf, dass das letztlich unverzichtbare Engagement zugunsten der HLAG mit hohen ökonomisch-finanziellen Risiken verbunden ist. Es geht dabei auch um die Weiterentwicklung der Wirtschaftsstruktur der Hansestadt.

Neben dem Engagement bei Hapag wird auch das Projekt Elbvertiefung nur mit höheren Kosten durchzusetzen sein. Statt mit immer höheren Finanzmitteln die Bedeutung der maritimen Wirtschaft für die Regionalökonomie verteidigen zu wollen, hätte längst verstärkt in andere Bereiche investiert werden müssen (Wohnungsbau, Energie, Verkehr). Bislang waren für die weitere Runde der Elbvertiefung rund 385 Mio. Euro veranschlagt worden. Davon würden zwei Drittel auf den Bund entfallen. Neuerdings ist von »mindestens« 500 Mio. Euro die Rede. Auf den Stadtstaat Hamburg würden weitere 40 Mio. Euro zukommen. Außerdem lauern beim Hafentwicklungsplan und der Umgestaltung der Hamburg Port Authority (HPA) weitere Finanzaufwendungen. Es wird höchste Zeit, dass in der Hamburger Politik endlich über eine tragfähige Zukunftsperspektive für die Wirtschaftsstruktur debattiert wird.

Zu dieser überfälligen Debatte gibt es jetzt einen weiteren Anlass: Hamburgs Wirtschaftssenator Frank Horch hat Mitte März einem ausgewählten Kreis erste Einzelheiten des künftigen Hafentwicklungsplans (HEP) vorgestellt. Der von der HPA erstellte Entwurf unter dem Titel »Hamburg hält Kurs – Die Hafentwicklung bis 2025« wird von der Wirtschaftsbehörde seit Ende vergangenen Jahres überarbeitet.

<sup>1</sup> Kühne ist neben Banken und Versicherungen der größere Partner in der Albert Ballin-Gesellschaft, über die der Ankauf der Hapag-Lloyd-Anteile läuft. Kühne hat eine internationale Spedition mit Sitz in der Schweiz, in die sich der Bundesbürger Kühne wegen steuerliche Vorteile zurückgezogen hat. Kühnes Unternehmen, die Nummer 1 weltweit in Sachen Seefracht, hat im zurückliegenden Jahr nach Steuern rund eine halbe Mrd. Euro Gewinn realisiert.

Horch kündigte an, dass die TeilnehmerInnen der dafür vorangegangenen Hafendialoge im Rahmen der Verbändebeteiligung nun bis Ende April Gelegenheit zur abschließenden Stellungnahme bekommen. Schwerpunkte sind die Standortbestimmung, die Spielräume der Hafentwicklung mit Umschlagpotenzial, Terminalkapazitäten, Hinterlandrelationen, mittelfristigen Rahmenbedingungen der Seeverkehrswirtschaft und globalen Entwicklungstendenzen, die Schärfung des Hafenprofils, die Sicherung der Hafenqualität durch optimale Infrastruktur sowie die nachhaltige Gestaltung der Hafemetropole.

Die wichtigste Zielsetzung: In 13 Jahren soll der Hafen 25 Mio. Standardcontainer umschlagen können. Außerdem gibt es Klarheit über den zukünftigen Central Terminal Steinwerder (CTS). Im Mittleren Freihafen soll der neue Terminal mit 125 Hektar Landfläche entstehen und bis 2025 komplett fertig gestellt sein. Die Bauvorbereitungen sollen schon im kommenden Jahr beginnen. Neben Containerumschlag und Logistik, der Anwerbung von Unternehmen auf dem Terminal Steinwerder zielt der Entwicklungsplan auf die Beteiligung an dem boomenden Geschäftszweig Kreuzschiffahrt. Das Areal des heutigen Überseezentrums soll weiterhin der Hafennutzung zur Verfügung stehen. »Hier könnte auch«, so Senator Horch, »ein weiterer Liegeplatz für Kreuzfahrtschiffe entstehen.«

Also die Zukunft des Hafens lautet: Dreimal so viele Container bis 2025; ein drittes Kreuzfahrtterminal am Überseezentrum und eine nicht näher eingegrenzte »Wertschöpfung« in Steinwerder. Und das Beste an dieser Zukunftsmusik: Sie soll nichts kosten. Erstens weil man ja bekanntlich leere Kassen hat und zweitens, weil die Wirtschaft nur nach Feldern für neue Investitionen lauert. Getoppt wird diese Konzeptionslosigkeit durch eine immer stärkere Orientierung auf Events und Tourismus, eine wirtschaftspolitische Ausrichtung, für die sich stets das »Hamburger Abendblatt« einsetzt: »Sie sind reich, und Hamburg möchte ihr Geld. Scheichs, russische Aufsteiger und chinesische Emporkömmlinge sind die solvente Klientel, um die mehr und mehr Hotels, Geschäfte und Krankenhäuser werben. Laut Handelskammer und Tourismus GmbH sollen noch mehr internationale Besucher angesprochen werden. Eine tragende Säule dabei: schwerreiche ausländische Gäste. Bislang wird nur jede fünfte der 9,5 Millionen Übernachtungen pro Jahr von Ausländern gebucht. Künftig soll jeder dritte Gast aus dem Ausland kommen, sagt Dietrich von Albedyll, Chef der Tourismus GmbH.« (Abendblatt, 17.3.2012)

Aktuelle Einschätzungen zur (Hamburger) Politik von Joachim Bischoff finden sich auf [www.nord-links.de](http://www.nord-links.de).

## Wie ein Stadtteil geschliffen wird



Demo gegen neue Autobahnpläne 2010 (Foto: M. Joho)

Erneut hat eine größere Anzahl engagierter WilhelmsburgerInnen am 10. März vor dem Hamburger Rathausmarkt unter der Parole »Weil Ihr uns nichts wert seid! Eure Hamburger Regierungen« demonstriert. Die BürgerInnen protestierten damit gegen »zwei geplante Autobahnen, die Fällung von über 5.000 Bäumen im Herzen des Stadtteils, die Teilung des Stadtteils durch eine über hundert Meter breite Doppeltrasse, die Verlärmung durch einen Lärmschutz für Blumen, ein Verkehrschaos in den Wohngebieten durch die Sperrung der Wilhelmsburger Reichsstraße für LKW zur IBA/IGS«. Die durch den »Sprung über die Elbe«, insbesondere die Planungen für die Internationale Bauausstellung (IBA) und die internatio-

nale Gartenschau (igs), schwer gebeutelten WilhelmsburgerInnen haben dazu allen Grund, wie bereits ein cursorischer Blick auf die aktuellen Entwicklungen beweist.

Eine »Politik wie die Axt im Walde« bescheinigt das »Hamburger Abendblatt« am 6. März den flächendeckenden Rodungsaktionen in Wilhelmsburg. Wie bekannt geworden war, sind mittlerweile weit mehr als 5.000 Bäume gefällt worden, um Platz zu machen für die ausgreifenden Planungen der IBA und der igs, die 2013 die Elbinsel heimsuchen werden. Alleine auf dem temporären igs-Gelände sind bisher schon mit ca. 2.000 Bäumen etwa 50% des gesamten Bestandes flachgelegt worden. Dieser Kahlschlag ist mitverantwortlich da-



für, dass per Saldo die angeblich so grüne Stadt Hamburg alljährlich Bäume in vierstelliger Größenordnung verliert. Der Trend der vergangenen Jahre ist nur dadurch reduziert worden, dass die BürgerInnen mittlerweile aufgerufen werden, Baumpflanzungen aus eigener Tasche zu finanzieren.

Den Mega-Planungen des Senats – erst unter grün-schwarzem Vorzeichen, jetzt unverändert unter der Ägide der SPD – fallen gnadenlos immer mehr buchstäblich gewachsene Strukturen auf der Elbinsel zum Opfer. Was ist das für ein Vorhaben, wenn ausgerechnet für eine Gartenschau tausende Bäume geopfert werden? Was hat das mit Nachhaltigkeit zu tun, wenn für 1.400 Pkw-Stellplätze nun ein vier Hektar großes Stück Natur vernichtet werden soll, für einen Parkplatz, der nach Beendigung der Groß-Events wieder eingestampft wird? Die auf der Elbinsel praktizierte »Stadtentwicklungspolitik« verdient den Namen nicht, IBA und igs verkommen immer mehr zur reinen Leuchtturmpolitik, die auch unter dem SPD-Senat die Interessen der WilhelmsburgerInnen mit Füßen tritt.

Welche Auswirkungen die Eventorientierung des Senats – bezeichnend in diesem Zusammenhang die Schlagzeile im »Hamburger Abendblatt« vom 17. März: »Hansestadt setzt auf Luxus-Touristen« – gerade für die ElbinsulanerInnen hat, zeigt sich schlaglichtartig an der Umsetzung eines neuen Schwimmbades, der Super-»Inselparkhalle«. Noch auf dem »4. IBA-Bürgerdialog« am 6. Mai 2009 war von der damals grün geführten Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) zugesagt worden, dass das alte Schwimmbad so lange geöffnet bleibe, bis das neue seinen Betrieb aufgenommen habe. Doch inzwischen ist klar, dass unter der SPD die Weichen anders gestellt werden: Das bestehende Hallenbad soll im August 2012 abgerissen werden, die Eröffnung des neuen ist dagegen erst im Mai 2013 vorgesehen – und das alles ohne jedwede Rückkoppelung mit den Schulen und Vereinen vor Ort. Tausenden Wilhelmsburger SchülerInnen, die sowieso schon unter einer der schlechtesten Quoten beim Schwimmenlernen in Hamburg leiden, droht damit für Monate der Ausfall des Schwimmunterrichts. Mit einer Petition wenden sich BürgerInnen nun gegen den vorzeitigen Abriss (<http://openpetition.de/petition/online/keine-schliessung-des-schwimmbad-wilhelmsburg-voreroeffnung-der-inselparkhalle>). Weitere Informationen sind über die Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion zu erwarten (Drs. 20/3473 vom 7.3.2012).

Mit der so großartig propagierten BürgerInnenbeteiligung ist es auch in anderen Zusammenhängen nicht weit her. Noch am 2. März hatte der Senat auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion beschworen, dass Gespräche mit den BürgerInnen »in regelmäßigen Abständen sowie anlassbezogen« stattfinden. Und konkret mit Blick auf die gegen den Widerstand der breiten BürgerInnenbewegung geplante Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße lesen wir dort: »Eine umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit wird im Rahmen des Erörterungstermins als Bestandteil des Planfeststellungsverfahrens stattfinden.« (Drs. 20/3350 vom 2.3.2012) Doch was passiert tatsächlich? Nehmen wir nur den jüngsten Coup.

In einer öffentlichen, bis zum 15. April laufenden Ausschreibung sucht die »Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH« (DEGES) in Zusammenarbeit mit der BSU nach einem Bieter, der die Kampfmittelräumung auf dem für den neuen Verlauf der Reichsstraße vorgesehenen Gelände (»ca. 21.800 qm Räumfeld Vorbereitung«) kurzfristig, nämlich bis zum 31. Mai, durchführen kann. Dies dürfte nicht nur den schnellen Abriss des denkmalwürdigen Rubberhauses, die Fällung diverser Bäume und die Einebnung weiterer Kleingärten zur Folge haben, dies ist auch ein bodenloser Affront gegen die BürgerInnenbeteiligung. Denn weder ist das Planfeststellungsverfahren abgeschlossen (ein rechtsgültiger Planfeststellungsbeschluss steht aus) noch sind auch nur die zahlreichen Einwendungen der WilhelmsburgerInnen gegen die Reichsstraßen-Verlegung geklärt. Doch DEGES und Senat wollen schon einmal Fakten schaffen und damit Biotope, Gärten und Gebäude unwiederbringlich zerstören. Der Ortsverband Wilhelmsburg/Veddel der LINKEN hat bereits Eilanträge im zuständigen Regionalausschuss eingebracht, die DEGES-Planungen sofort zu stoppen und das Rubbert-Haus unter Denkmalschutz zu stellen.

Die einzig richtige Reaktion auf die verfehlte Politik des Senats kann nur sein, an den Aktionen der Wilhelmsburger Initiativen zur Verteidigung der Elbinsel teilzunehmen. Der Senat muss Schluss machen mit seiner Politik über die Köpfe der Menschen hinweg! Und endlich eine immer wieder versprochene, ernsthafte und offene BürgerInnenbeteiligung realisieren! DIE LINKE wird die jüngsten Entwicklungen zum Anlass nehmen, den Protest auch ins Landesparlament zu tragen.

Wer sich über die neuesten Entwicklungen auf der Elbinsel informieren möchte, findet im Netz reichlich Stoff:

[www.wilhelmsburger-reichsstrasse.de](http://www.wilhelmsburger-reichsstrasse.de) (Professor Michael Rothschuh, Zukunft Elbinsel e.V.)

[www.zukunftsplan-statt-autobahn.de](http://www.zukunftsplan-statt-autobahn.de) (Initiative Engagierte Wilhelmsburger)

[www.zukunft-elbinsel.de](http://www.zukunft-elbinsel.de) (Zukunft Elbinsel e.V.)

[www.aku-wilhelmsburg.blog.de](http://www.aku-wilhelmsburg.blog.de) (Arbeitskreis Umstrukturierung Wilhelmsburg)

Empfohlen sei die kürzlich von AktivistInnen des AKU als Teil des Netzwerks Recht auf Stadt vorgelegte Broschüre »Kunst, Kultur & Kohle ... und gute Beziehungen. Über die Rolle künstlerischer Arbeit bei der »Aufwertung« Wilhelmsburg«, im Netz unter <http://kulturstammtischsued.blogspot.de/2012/01/23/kunst-kultur-kohle-und-gute-beziehungen/>. Zudem sei hingewiesen auf die Veranstaltung »Leercontainer – auf Schwerlastern oder auf Binnenschiffen? In Wohngebieten oder im Hafen?«, die der Verein Zukunft Elbinsel am **Donnerstag, den 22. März**, um 19 Uhr im Bürgerhaus Wilhelmsburg (Mengestraße 20) durchführt.

## Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Bereits im Herbst 2011 widmete die Zeitschrift »Widersprüche« ihre 121. Ausgabe dem Thema **Schöner Wohnen? Wohnungspolitik zwischen Markt und sozialer Daseinsvorsorge**. Auf 130 Seiten finden sich u.a. lesenswerte Aufsätze von Andrej Holm (»Wohnung als Ware«), Peter Birke (»Die Bedeutung der Auseinandersetzungen um Wohn- und Mietverhältnisse im Hamburger »Recht auf Stadt«-Netzwerk«) und ein Bericht über die Ergebnisse der zweiten Konferenz zur sozialen Spaltung im Februar 2011 (»Wohnen in Hamburg«). Das Heft ist zum Preis von 15 Euro im Buchhandel zu beziehen.

Einer der entscheidenden Faktoren für die anhaltende Wohnungsnot ist das Bevölkerungswachstum in Hamburg. Schon in der im März 2002 entstandenen Studie **Perspektiven des Wohnungsmarktes der Freien und Hansestadt Hamburg bis 2030** gingen die Autoren Ulrich Pfeiffer, Ludger Baba und Markus Schmidt davon aus, dass Hamburg bis zum Jahre 2030 um ca. 100.000 BewohnerInnen wachsen wird. Die Studie findet sich im Netz unter <http://www.empirica-institut.de/kufa/empi0641b.pdf>.

Am **19.3.** ist im Foyer des Gewerkschaftshauses (Besenbinderhof 60) eine **Ausstellung** eröffnet worden, die den **über 150 Opfern rechtsextremer Gewalt in Deutschland seit 1990** gewidmet ist. »Von einigen Opfern hat die Öffentlichkeit nur am Rande Notiz genommen, manche haben für einen Aufschrei der Empörung gesorgt«, heißt es in der Ankündigung, »wir wollen, dass keiner von ihnen in Vergessenheit gerät«. Die Ausstellung ist noch bis zum 27.4. werktags von 8 bis 18 Uhr zu besichtigen.

Im Zuge seiner Besuche in den Grundorganisationen der LINKEN im Bezirk Mitte ist **Tim Golke** am **21.3.** zu Gast in St. Georg. Er steht dort ab 19:30 Uhr im Stadtteilbüro (Hansaplatz 9) Rede und Antwort.

Um **Ganztägige Bildung und Betreuung an Schulen und Soziale Hilfen und Angebote** geht es am **22.3.** um 19 Uhr in der Kantine des Rauhen Hauses (Horner Weg 170). Dabei sind Mehmet Yildiz (LINKEN-Bürgerschafts-abgeordneter), Prof. em. Dr. Timm Kunstreich (ehemals Ev. Hochschule für Soziale Arbeit & Diakonie Hamburg), Sabine Bukh (Landeselternausschuss), Sabine Lafrentz (Betriebsrätin Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten), Joachim Gerding (Verband Offene Kinder- und Jugendarbeit), Volker Vödisch (Bauspielplatz Brunnenhof), Sieglinde Friess (ver.di) und ein/e Vertreter/in eines Jugendhilfeträgers. Moderation: Tim Golke

Angelaufen ist inzwischen die Ausstellung **Die große Flut – Katastrophe, Herausforderung, Perspektiven** aus Anlass des 50. Jahrestages der Hamburger Flutkatastrophe. Sie ist bis zum 2.9. im Hamburg-Museum (Holstenwall 24) zu sehen. Näheres unter [www.hamburgmuseum.de](http://www.hamburgmuseum.de). Eine »kritische Führung« im Rahmen der Reihe »Rote Möwe« mit der Kuratorin Lena Kaiser und Norbert Hackbusch ist für den **25.3.** um 12 Uhr vorgesehen. Voranmeldung per E-Mail an [norbert.hackbusch@linksfraktion-hamburg.de](mailto:norbert.hackbusch@linksfraktion-hamburg.de) ist nötig.

**Warum die neonazistische Gefahr so unterschätzt wurde und welche Lehren daraus zu ziehen sind**, lautet der Titel einer Veranstaltung, die die Linksfraktion in mehreren Stadtteilen durchführt. Der Auftakt ist am **22.3.** um 18 Uhr im **Kulturhof Dulsberg** (Alter Teichweg 200), es folgen der **27.3.**, 19 Uhr, im **Jenfeldhaus** (Charlottenburger Straße 1), der **4.4.** ebenfalls um 19 Uhr im **Steilshooper AGDAZ** (Fehlinghöhe 16), der **20.4.** um 18:30 Uhr im **Kulturpalast Billstedt** (Öjendorfer Weg 30 a) und schließlich der **29.4.**, 16 Uhr, in der **Wilhelmsburger Bürgerinitiative Ausländische Arbeitnehmer e.V.**

Um **Die Funktion von Großwohnsiedlungen für den gesamtstädtischen Wohnungsmarkt** geht es auf einer Veranstaltung des BUKO-Arbeitsschwerpunktes Stadt Raum (ASSR) in Zusammenarbeit mit der Rosa Luxemburg-Stiftung am **29.3.** um 19:30 Uhr im **Centro Sociale** (Sternstraße 2). Die Debatte bestreiten Martin Kersting (Stadtteilbeirat Steilshoop), Marc Meyer (Mieter helfen Mietern), Thomas Pohl (Stadtgeograph Universität Hamburg) sowie Sybille Bauriedl und Maik Lindemann (ASSR).

Das **Innenstadtkonzept** des Senats ist Gegenstand einer Veranstaltungsreihe der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU). Am **2.4.** (15 Uhr, Stadtmodell, Wexstraße 7) geht es um den Komplex **Stadtgestalt**. Infos über die anstehenden vier Veranstaltungen unter [www.hamburg.de/innenstadtkonzept](http://www.hamburg.de/innenstadtkonzept).



Am **11.4.** (18 Uhr) findet in der Shanghaiallee eine Ausstellungseröffnung unter dem Titel **Was bewegt Hamburg? Momentaufnahmen einer Metropole im Wandel** statt. Gezeigt werden die Beiträge zum 1. Fotowettbewerb des Hamburger Städtebauseminars aus Anlass seines 50jährigen Bestehens.

Zur Problematik **Schuldenkrise ohne Ende? Nach Griechenland nun Spanien, Portugal und Italien?** referiert am **13.4.** der ehemalige Bürgerschaftsabgeordnete der LINKEN, Joachim Bischoff. Die Veranstaltung findet um 19:30 Uhr im Neuen Gemeindesaal in St. Georg (Stiftstraße 15) statt.

Ebenfalls am **13.4.** eröffnet der gewerkschaftsverbundene Bildungsträger »Arbeit und Leben« seine **Hamburg-Tour der Nachhaltigkeit.** Insgesamt neun Exkursionen sind vorgesehen. Am 13.4. heißt es »Zwischen Alster und Elbe – Aufbruch in der City« (16 Uhr, Eingang Rathaus). Es folgt am 20.4. ein Rundgang zur »Zukunft Wilhelmsburgs« (16 Uhr, Stübenplatz), und am 27.4. geht es längsseits der »Hafenkante – ein Stadtteil entsteht« (16 Uhr, HafenCity Infocenter/Kesselhaus in der Speicherstadt). Der TeilnehmerInnenbeitrag von 5 Euro muss vor Ort entrichtet werden. Das Exkursionsprogramm findet sich unter [www.hamburg.arbeitundleben.de](http://www.hamburg.arbeitundleben.de).

## Busbeschleunigung mit Bremspedal

Von Heike Sudmann



HVV-Bus am Rathaus (Foto: www.bus-bild.de)

Bekanntlich hat sich die SPD gegen die Stadtbahn ausgesprochen. Da jedoch ein Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) unumgänglich ist, muss Ersatz her. Zumindest auf dem Papier ist er gefunden: Das modernste Bussystem Europas soll es nach den Worten des Ersten Bürgermeisters zukünftig in Hamburg geben. Ein Baustein hierfür soll das Programm zur Busbeschleunigung (s. Bürgerschaftsdrucksache Drs. 20/2508 vom 6.12.2011) darstellen. Zwei Ausbaustufen sind vorgesehen: Bis zum Jahr 2016 soll auf den Buslinien mit hohen Fahrgastzahlen und niedrigen Reisegeschwindigkeiten ein umfassendes Beschleunigungsprogramm realisiert werden. Konkret geht es um die Linien 2, 3, 5, 6, 7, 20 und 25 sowie um den Bereich des Eidelstedter Platzes (Linienabschnitte der 4 und 21). Die Kosten für diese Ausbaustufe werden mit 157 Mio. Euro beziffert.

Zwischen 2016 und 2020 sollen wichtige Linien »durch die schrittweise Umsetzung von Beschleunigungsmaßnahmen

auf ausgewählten Streckenabschnitten« (Drs. 20/2508, S. 3) weiterentwickelt werden. Vorrangig werden hier die Linien 1, 23 und 26 genannt. Diese zweite Ausbaustufe soll mit 102 Mio. Euro Kosten zu Buche schlagen. Was genau zur Busbeschleunigung getan werden soll, steht noch nicht fest. Vielmehr werden rund 250 Maßnahmen auf ihre Machbarkeit und Effizienz untersucht. Dazu gehören u.a.

- (zusätzliche) Busspuren für die Linien in der ersten Ausbaustufe,
- die konsequente Bevorrechtigung von Bussen an Ampeln,
- die Verlegung der Haltestellen aus den Busbuchten an den Fahrbahnrand (»Kaphaltestellen«), wodurch das Ein- und Ausfädeln des Busses in den fließenden Verkehr entfällt,
- der Umbau von Kreuzungen,
- die Neuordnung des parkenden Verkehrs auf den Linienstrecken und
- die Überprüfung von Linienführungen.

»Gut Ding will Weile haben«, mag manch eineR denken. Doch die wachsende Zahl der Fahrgäste in Bus und Bahn erfordert schnelles und umfassendes Handeln, wenn der ÖPNV eine attraktive Alternative zum Auto bieten soll. Dazu gehört die Verbesserung des Busverkehrs in ganz Hamburg. Was habe ich in meinem vollen und langsamen Bus in Harburg, Bergedorf oder Jenfeld davon, wenn in Eimsbüttel die Busse beschleunigt werden? In der Expertenanhörung der Bürgerschaft zur Busbeschleunigung wurde deutlich, dass viele der noch zu untersuchenden Maßnahmen in anderen Städten schon längst umgesetzt wurden. Es geht also weniger um das Wie, sondern um das Wann.

Und da wird natürlich jeder politisch denkende Mensch skeptisch, wenn er/sie sieht, dass die beiden Ausbaustufen der Busbeschleunigung erst nach der nächsten und sogar übernächsten Bürgerschaftswahl fertig sein sollen. Die SPD hat ja am Beispiel der Stadtbahn vorgemacht, welchen Überlebenswert Planungen eines früheren Senats haben können: keinen. Wer das modernste Bussystem Europas verspricht, sollte die Geduld der Fahrgäste (und ihre Stapelfähigkeit) nicht überstrapazieren. Deshalb fordert DIE LINKE, dass es in den kommenden Jahren nicht bei den angekündigten Maßnahmen allein bleiben darf. Eine flächendeckende Verbesse-

rung des Busverkehrs beginnt in den Köpfen der PlanerInnen und Verantwortlichen:

Wo es an S- und U-Bahnen fehlt, das Potenzial für viele ÖPNV-NutzerInnen aber vorhanden ist, muss der Busverkehr attraktiv sein. Dazu gehört z.B. ein 10-Minuten-Takt im Kernnetz analog zu dem 10-Minuten-Takt der Bahnen in der Woche und am Wochenende. Jede Straßenbaumaßnahme, jede Ampel, die »angefasst« wird, ist an einer Bevorrechtigung des Busverkehrs auszurichten. Zur Erhöhung der Kapazität ist die Einführung von zuschlagsfreien Expressbussen, wie z.B. von Steilshoop nach Barmbek, zu prüfen. Zum Komfort im Busverkehr gehört ein ausreichendes Sitzplatzangebot, deshalb ist der Trend zu immer weniger Sitzplätzen in den Bussen zu stoppen.

Das ist alles nicht zu finanzieren? Die Hochbahn hat bekanntlich einen der höchsten Kostendeckungsgrade in Deutschland. Mehr und attraktive Busse (und Bahnen) steigern nicht nur die Fahrgeldeinnahmen, sondern schonen auch die Umwelt und senken die öffentlich zu finanzierenden Folgekosten des motorisierten Individualverkehrs. Gesamtwirtschaftlich betrachtet rechnet sich der ÖPNV allemal. Und wer das modernste Bussystem Europas verspricht, darf nicht mal heimlich auf einen Schnäppchenpreis hoffen.

## Öffentliche Unternehmen als Beute

Von Joachim Bischoff



Asklepios Klinik Altona (Foto: wikipedia)

Der Verkauf der Hamburger Krankenhäuser an den Klinikbetreiber Asklepios hat sich für die Stadt Hamburg als miserable Operation entpuppt. Der Landesbetrieb Krankenhäuser (LBK) wurde gegen den in einem Volksentscheid geäußerten Willen der Bevölkerung zu knapp 75% an den privaten Krankenhauskonzern Asklepios verkauft. »Verkauft« ist eine geschönte Aussage, faktisch wurden die Krankenhäuser verschenkt. Vom Kaufpreis in Höhe von 318,6 Mio. Euro musste der Gesundheitskonzern einen Baranteil von gerade einmal 19,2 Mio. Euro aufbringen. 118 Mio. Euro des Kaufpreises sollen laut Kaufvertrag erst bei einem erfolgreichen Börsengang fällig werden. Da der absehbar nicht stattfindet, muss dieses

Geld für die Stadt abgeschrieben werden. Aufgrund vertraglicher Regelungen hat die Stadt bereits 108,4 Mio. Euro an Asklepios zurück überwiesen, weil die Ertragslage des Unternehmens in den Anfangsjahren den garantierten Umsätzen nicht ansatzweise entsprach.

Der CDU-Senat hat im Kaufvertrag großzügig auf Erbzinszahlungen für die Nutzung der Grundstücke verzichtet, sodass Asklepios für die nächsten Jahre auch von diesen Abgaben befreit ist.

Die Pensionsverpflichtungen aus früheren Beschäftigungsverhältnissen blieben bei der LBK-Besitzanstalt bzw. ab 2007 beim Hamburgischen Versorgungsfonds (HVF) hängen. Der



HVF musste dafür von 2006 bis 2010 ca. 153,2 Mio. Euro aufwenden. 2011 bis 2014 werden weitere 81,5 Mio. Euro fällig. Dank der großzügigen Verhandlungsführung des CDU-Senats sind die Kompensationszahlungen von Asklepios für die zur Stadt zurückkehrenden Beschäftigten des LBK bei 15 Mio. Euro gedeckelt worden, sodass der öffentliche Haushalt infolge der Abstimmung mit den Füßen seit 2008 jährlich mit ca. 75. Mio. Euro belastet wird. Das Rückkehrrecht für MitarbeiterInnen des LBK in den städtischen Dienst ist für die Stadt deutlich teurer geworden als kalkuliert. Anstatt der 600 eingeplanten MitarbeiterInnen haben 1.751 Arbeitskräfte der Kliniken von ihrem Rückkehrrecht Gebrauch gemacht.

Addiert man die Belastungen des städtischen Haushalts durch diesen »Verkauf«, kommt man auf deutlich mehr als 500 Mio. Euro an Steuergeldern zur Subvention des drittgrößten Gesundheitskonzerns in Deutschland.

Asklepios hat mit dem LBK ein weitgehend grundsaniertes Unternehmen erhalten. Nach massiven Veränderungen beim Personaleinsatz (verschlechterte Arbeitsbedingungen und Entgeltregelungen) ging das Kalkül auf: Die Unternehmung wirft gute Erträge ab, wie der Bilanz zu entnehmen ist: »Asklepios erreicht im vergangenen Geschäftsjahr (2010) bei allen wesentlichen Kennziffern neue Bestmarken in seiner Unternehmensgeschichte.« Die Ertragslage der Asklepios-Gruppe »verbesserte sich trotz gegenläufiger Impulse des Marktumfeldes.

Die positive Umsatzentwicklung ermöglichte eine substantielle Steigerung des Ergebnisses vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen um 15,9% auf 229 Mio. Euro (im Vorjahr 199 Mio. Euro). Einen zentralen Beitrag zur erfolgreichen Entwicklung im Geschäftsjahr 2010 »lieferten die Hamburger Askle-

prios Kliniken mit einem Umsatzanstieg in Höhe von 8,4 Prozent und einem Gewinn-Anstieg von 35,6 Prozent.«

Asklepios ist mit 44.000 MitarbeiterInnen und einem Umsatz von rund 2,3 Mrd. Euro neben Rhön und Helios einer der drei großen privaten Klinikbetreiber Deutschlands. Die Privaten verzeichneten in den vergangenen Jahren ein hohes Betten- und Umsatzwachstum, denn viele Kommunen wollen ihre defizitären Krankenhäuser privatisieren. Die Geschäftsmodelle sind einander sehr ähnlich: Möglichst viele Bereiche der einst separat geführten Häuser werden zentralisiert, um Kosten zu drücken. Dann wird spezialisiert, zum Beispiel aus einem ehemaligen Kreiskrankenhaus ein überregionales Herzzentrum gemacht. Anders als Rhön und Helios hat sich Asklepios dabei auf die Akut-Medizin spezialisiert. Das starke Umsatzwachstum (durch Zukäufe) der vergangenen zehn Jahre sollte anhalten, Kostendruck und Sparröte der Kommunen werden es weiter befeuern. Etwas weniger rosig sieht die Profitabilität der privaten KlinikbetreiberInnen aus. Die großen Drei liefern sich einen Wachstumswettlauf, der viel Geld kostet und auf die Gewinnmargen drückt. Asklepios übernahm den gesamten städtischen Kliniken-Verbund der Millionenstadt Hamburg. 2011 kaufte man zudem den kleineren Konkurrenten Mediclin.

In den ersten neun Monaten 2011 machte Asklepios 1,83 Mrd. Umsatz; im Gesamtjahr dürften es knapp 2,5 Mrd. gewesen sein. Für 2012 strebt Asklepios rund drei Mrd. Euro an. Der Gewinn litt 2011 neben allgemein steigenden Kosten für Medikamente, Verbandsmaterial und Gehälter vor allem unter einer hohen Sonderabschreibung auf eine Athener Klinikgruppe. Bereinigt um den einmaligen griechischen Sondereffekt, blieben netto 71 Mio. Euro.

## 9. April: Hamburger Ostermarsch

Angesichts der Entwicklungen in Afghanistan und der unverhohlenen Kriegsdrohung gegen Syrien bekommt der Ostermarsch in diesem Jahr eine besondere Brisanz. Auch DIE

LINKE ruft zur Beteiligung auf. Wir dokumentieren hier den Aufruf des Hamburger Forums für Frieden und Völkerverständigung (im Netz unter [www.Hamburger-Forum.org](http://www.Hamburger-Forum.org)).

Die Umwandlung der Bundeswehr in ein Instrument für weltweite Kriegseinsätze wird mit Nachdruck vorangetrieben – zur Stärkung des deutschen Einflusses in der Welt und zur Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen und Märkten. Gleichzeitig bemüht sich die Bundeswehr um größeren Einfluss in der Gesellschaft durch Einbindung von Hilfsorganisationen und Forschungseinrichtungen, durch Nachwuchswerbung an Schulen, Hochschulen und in Arbeitsagenturen sowie durch Propagierung von militärischer Gewalt als Mittel der Politik. Durch zivil-militärische Zusammenarbeit mit örtlichen Behörden schafft sie Voraussetzungen für ihren Einsatz im Innern.

### Bundeswehr raus aus Afghanistan

Der Afghanistan-Krieg geht ins elfte Jahr – mit verheerenden Folgen: Zehntausende vorwiegend zivile Opfer, zunehmende Verelendung der Bevölkerung, Korruption und Drogenwirtschaft. Mit großer Mehrheit aus CDU/CSU, SPD, FDP und GRÜNEN wurde das Bundeswehrmandat für diesen Krieg immer wieder verlängert – gegen die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler und zuletzt mit der Ankündigung des Truppenabzugs bis 2014. Aber die Beibehaltung von Stützpunkten ist geplant. USA, NATO und BRD werden nicht auf ihren Einfluss und die Stützung eines Marionettenregimes in dieser geostrategisch wichtigen Region verzichten.



### **Kriegsvorbereitungen stoppen**

Die Konflikte im Nahen Osten spitzen sich zu. In vielen arabischen Ländern erheben sich Menschen gegen diktatorische Regime. Sie verdienen unsere Solidarität. Die NATO-Mächte, die bis vor kurzem Despoten unterstützt und mit Waffen versorgt haben, fürchten um ihren Einfluss in der erdölreichen Region und mischen sich in die inneren Konflikte der Staaten ein. In Libyen haben sie mit Waffengewalt interveniert, unter Missbrauch eines UN-Mandats und mit Zehntausenden von Opfern. Saudi-Arabien, das in Bahrain die Demokratiebewegung niedergeschlagen hat, unterstützen sie mit Waffen, allen voran die Bundesrepublik. Syrien wird mit Sanktionen bedroht, die in erster Linie die Bevölkerung treffen, und in letzter Konsequenz auch mit Krieg. Im Schatten dieser Konflikte hat die türkische Regierung die brutale Kurdenverfolgung wieder aufgenommen. Die rechtsnationalistische Regierung Israels hintertreibt, unterstützt von USA und BRD, jeden Schritt zu einem unabhängigen Staat Palästina und zum Frieden in Nahost. Gestützt auf den nicht durch Fakten belegten Bericht der Atomenergieorganisation über eine Atomrüstung des Iran werden die Sanktionen gegen den Iran verschärft, drohen Israel und die USA mit militärischer Gewalt.

- Einhaltung des Völkerrechts – keine Kriegsvorbereitungen gegen Syrien und Iran!
- Keine Waffenlieferungen in den Nahen Osten – Verbot aller Rüstungsexporte!
- Eine atomwaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten!

### **Flüchtlingen Asyl gewähren**

Imperialistische Kriege und die Ausbeutung der Welt durch die neoliberale Wirtschaftspolitik führen zu Hunger und Armut, Klimaschäden, Bürgerkriegen, Flucht und Migration. Unter maßgeblicher deutscher Beteiligung betreibt die EU eine menschenrechtswidrige Abschottung gegen Flüchtlinge.

- Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl!
- Bleiberecht für alle Flüchtlinge!
- Keine Unterbringung von Migrantinnen und Migranten in menschenunwürdigen Lagern!

### **Atomwaffen abschaffen, Atomkraftwerke abschalten**

Solange die Kernwaffenstaaten sich weigern, ihrer Verpflichtung aus dem Atomwaffensperrvertrag zu atomarer Abrüstung nachzukommen, wächst die Gefahr der Weiterverbreitung von Atomwaffen, weil weitere Staaten sie haben wollen. Mit der zivilen Atomenergienutzung wird auch die Fähigkeit zur Atomrüstung verbreitet.

- Schluss mit der deutschen Beteiligung an der NATO-Atomwaffenrüstung!
- Abzug aller US-Atombomben aus Deutschland!
- Kein Export von Atomtechnik!
- Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz!

### **Für eine Friedensstadt Hamburg**

Hamburg ist bedeutender Rüstungsstandort und wichtiger Umschlagplatz für Rüstungsexporte. Wir fordern von Senat und Bürgerschaft:

- Keine Kriegsschiffe im Hamburger Hafen!
- Schluss mit der Patenschaft für die Fregatte »Hamburg«!
- Keine Rüstungsproduktion in Hamburg und keine Rüstungsexporte über Hamburg!
- Ein »Hiroshima-Platz« in Hamburg!
- Aktives Mitwirken bei den »Mayors for Peace« für die Abschaffung aller Atomwaffen!

### **Wachsamkeit und Kampf gegen Rassismus, Neonazismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit! Für Frieden, Solidarität, soziale Gerechtigkeit, Demokratie und ökologische Vernunft!**

#### **Ostermontag, 9. April 2012**

11:30 Uhr Friedensandacht, St. Gertrudkirche

12:00 Uhr Auftakt, Bei der St. Gertrudkirche, Immenhof (U Mundsburg + Uhlandstraße)

14:00 Uhr Friedensfest, Carl-von-Ossietsky-Platz, Lange Reihe

## Falsche Prioritäten in der Wohnungspolitik



Rechtauf-Stadt-Bewegung demonstriert (Foto: Michael Joho)

Dass der Senat 6.000 neue Wohnungen pro Jahr anvisiert und auf 6.811 Baugenehmigungen im Jahr 2011 verweisen kann, könnte manche/n zu der Annahme verleiten, es sei doch alles in Ordnung. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die SPD diese Zahlen zum Dreh- und Angelpunkt der Bewertung ihrer Wohnungspolitik macht. Doch ebenso klar ist, dass der Senat falsche Prioritäten setzt und in Hamburg unter den Bürgerschaftsparteien alleine die LINKE auf die Problematik des in großer Dimension fehlenden Wohnungsbestandes im günstigen Segment aufmerksam macht.

Auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion, was sich denn konkret hinter den 6.811 Baugenehmigungen verbirgt, antwortete der Senat kürzlich, er wisse es nicht (Bürgerschafts-

Drucksache = Drs. 20/3052 vom 7.2.2012). Er kann also keine Angaben darüber machen, ob Miet- oder Eigentumswohnungen, Einzelhaus- oder Geschosswohnungsbauten entstehen, schon gar nicht darüber, ob die Preise bei den Mietwohnungen nach Fertigstellung weniger als 8 oder über 12 Euro betragen werden.

Zu befürchten steht, dass der Anteil der für die allermeisten HamburgerInnen unerschwinglichen, neu errichteten Eigentumswohnungen deutlich über den 22,6% liegt, die den Wohnungsbestand in der Hansestadt gegenwärtig kennzeichnen (diese Angabe laut Studie »Bauen und Wohnen« des Statistischen Bundesamtes vom 15.3.2012; s. unter [http://www.destatis.de/DE/Publikationen/Theamtisch/EinkommenKon-](http://www.destatis.de/DE/Publikationen/Theamtisch/EinkommenKon)

sumLebensbedingungen/Wohnen/WohnsituationHaushalte.html?=&id=68748).

Wie dramatisch die Wohnungsnot gerade im Bereich günstiger Wohnungen ist, zeigt sich einerseits daran, dass die Zahl der Sozialwohnungen von 155.000 (2000) auf 95.500 (Ende 2011) abgesunken ist. Andererseits hat der Anteil der ungebundenen Mietwohnungen unter 6 Euro/qm netto kalt von 2009 auf 2011, also in nur zwei Jahren, von 48 auf 33% abgenommen! Mit den vom Senat angekündigten 2.000 öffentlich geförderten Wohnungen frühestens ab 2013 (davon lediglich 1.200 im 1. Förderweg = 5,90 Euro/qm Einstiegsrente und 800 im 2. Förderweg = 8,00 Euro/qm) wird der Verlust an günstigem Wohnraum keineswegs wettgemacht. Im Gegenteil, der Mangel wird für die nächsten zig-Jahre festgeschrieben! Dies ist um so dramatischer, als in Hamburg zurzeit 42% aller Haushalte einen Anspruch auf eine Sozialwohnung im 1. und 59% im 2. Förderweg haben (Drs. 20/3295 vom 28.2.2012).

Vor diesem Hintergrund ist es geradezu aberwitzig, dass der Senat am 2. März den Bürgerentscheid zum Bebauungsplan Langenhorn 73 evoziert und damit rund 550 günstige Wohnungen der Wulffschen Siedlung (dort zahlen die MieterInnen noch ca. 6 Euro/qm) zum Abriss freigegeben hat. Worum geht es dabei?

Am 27. Oktober 2011 hatten sich weit mehr als 37.000 BewohnerInnen des Bezirks Hamburg-Nord an einem Bürgerentscheid beteiligt und zu rund 70% gegen den Bebauungsplan Langenhorn 73 votiert. Verhindert werden sollte damit der Abriss der in den 1940/50er Jahren entstandenen, grünen und idyllischen Wulffschen Siedlung. Der noch recht neue Eigentümer – ein Versicherungskonzern – wollte die 550 vorhandenen Wohnungen durch 700 größere, energetisch sanierte und damit erheblich teurere Wohneinheiten ersetzen. Mit dem Beschluss der Senatskommission für Stadtentwicklung und Wohnen vom 2. März, das Bebauungsplanverfahren Langenhorn 73 zu evozieren und damit den Bürgerentscheid außer Kraft zu setzen, ist der Weg frei gemacht worden, das Bauvorhaben doch noch durchzusetzen.

Alles Gerede der Senatsgränden von BürgerInnenbeteiligung und Demokratisierung der Stadtgesellschaft wird damit ad absurdum geführt. Die Evokation ist nicht nur ein Schlag ins Gesicht der Volksgesetzgebung unter sozialdemokratischem Vorzeichen und der knapp 400 MieterInnen der Wulffschen Siedlung, die das Bürgerbegehren gegen den Bebauungsplan Langenhorn 73 unterzeichnet haben, sie muss auch die Alarmlampen z.B. der Menschen, die sich für eine bewohnerInnengerechte Neue Mitte Altona engagieren, schrill aufleuchten lassen. Zugleich bedeutet dieses einseitige Vorgehen auch, die Wohnungspolitik des Senats infrage zu stel-

len. Es geht schließlich nicht nur um irgendwelchen Wohnraum, sondern vorrangig um dringend benötigte günstige Wohnungen. Der nun drohende Abriss von 550 erschwingerlichen, kleineren und die »Ersetzung« durch bis zu 700 deutlich teurere, größere Wohnungen wird einen erheblichen Teil der angestammten Mieterschaft verdrängen. Wo die Betroffenen bleiben, interessiert den Senat offensichtlich nicht. Die Entscheidung der Senatskommission ist daher ein Sargnagel in eine demokratische BürgerInnenbeteiligung und eine soziale Wohnungsbaupolitik.

Der nun anstehende Abriss in Langenhorn ist wahrlich kein Einzelfall. Auch den ESSO-Häusern auf St. Pauli und dem Ensemble der Vereinigten Wohnungsbaugenossenschaft am Elisabethgehölz in Hamm droht Ähnliches. Zu fordern ist, dass gerade in Zeiten der Wohnungsnot nicht auch noch günstiger Wohnraum in vierstelliger Größenordnung vernichtet, sondern vielmehr die Neubauquote von öffentlich geförderten Wohnungen deutlich erhöht wird. Günstiger Wohnraum ist ein hohes Gut, das besonders angesichts der Auswirkungen der von SPD und Grünen auf den Weg gebrachten Hartz IV-Politik besonders zu verteidigen ist. Neueste Zahlen besagen, dass der Anteil der im Niedriglohn Beschäftigten von 1995 bis 2010 um mehr als 2,3 Millionen angestiegen ist. Damit sind mittlerweile 8 Millionen (= 23% der Beschäftigten) im Niedriglohnsektor tätig, d.h., fast ein Viertel verdient weniger als 9,15 Euro brutto pro Stunde. Diesen Menschen erst die Verdienstmöglichkeiten zu nehmen bzw. die sozialen Rechte zu beschneiden und dann auch noch den Mangel im Segment günstiger Wohnungen zu vertiefen, das ist Ausdruck einer weiterhin unsozialen Politik.

Der SPD-Senat hätte noch eine andere Möglichkeit, günstigen Wohnraum verlässlich und langfristig zu sichern. Dafür bedürfte es nur der Entscheidung, wenigstens einen größeren Teil des städtischen Bestandes der 925 Wohn- und ca. 200 Gewerbeeinheiten im Karoiviertel nicht an die SAGA GWG zu veräußern, sondern der Ende letzten Jahres gegründeten »MieterInnengenossenschaft Karoiviertel« zu übertragen. Damit wären geringe Mieten und der Ausschluss eines in weiterer Ferne drohenden Weiterverkaufs garantiert, mehr jedenfalls, als dass das die SAGA GWG gegenwärtig verspricht. Und außerdem könnte der Senat an dieser Stelle damit anfangen, sein durch die jüngste Evokation arg ramponiertes Image in Sachen Ernstnehmen und Mitwirkung von BürgerInnen wenigstens ein bisschen aufzupolieren. Mit einer Kleinen Anfrage an den Senat zur Berücksichtigung der Karoigenossenschaft (Drs. 20/3520 vom 13.3.2012) versucht die Linksfraktion, den Senat auf seine sozialen Verpflichtungen hinzuweisen.

### »Verbindliche Bürgerentscheide«

Auf der Veranstaltung von Mehr Demokratie e.V. geht es um die Frage, wie mit dem Instrument der Evokation umgegangen werden soll. Mittwoch, **28.3.2012**, 19 Uhr, Rudolf-Steiner-Haus, Mittelweg 11-12.

Für die Raumplanung wird um Anmeldung gebeten: Tel. 040 / 31 76 91 00 oder E-Mail (info@mehr-demokratie-hamburg.de).



## Kultur Tipp: »Du bist Griechenland«



Seit der Verschärfung der sozialen und politischen Konflikte in und um Griechenland planten der Schauspieler Rolf Becker und der Musiker Gerhard Folkerts zusammen mit dem Deutschen Schauspielhaus eine zweite Theodorakis-Matinee – entwickelt aus der Veranstaltung, die dort vor anderthalb Jahren schon einmal stattgefunden hatte.

Am Sonntag, den 1. April, ist es soweit. Um 11 Uhr beginnt die Matinee »Mikis Theodorakis – Du bist Griechenland – Eine Hommage«, ein Anlass, Solidarität mit dem griechischen Volk zu zeigen.

»Du bist Griechenland« ist der Titel eines Liedes, das der weltberühmte Komponist und Freiheitskämpfer Mikis Theodorakis 1968 im Gedenken an seinen Mitgefangenen Andreas Lentakis schrieb, der unter der griechischen Militärdiktatur zu Tode gefoltert wurde. Theodorakis wurde damals gezwungen, Ohrenzeuge der Folterung zu sein. Eine Zeile aus dem Lied: »Du wirst der, der Du gewesen bist, einst wieder sein. Du bist Griechenland.«

Obwohl schon schwer erkrankt, hat sich Mikis Theodorakis – er wird im Juli 87 – in der jüngsten Vergangenheit

mit Aufrufen an die Öffentlichkeit gewandt, die dem Leben und Überleben des griechischen Volkes in der dramatischsten Krise des Landes seit Jahrzehnten gewidmet sind. So hat er sich seit seiner Jugend eingemischt und für die Freiheit gekämpft, ohne Rücksicht auf sein Leben, aber stets im Schutz seiner Musik.

Im Programm »Du bist Griechenland« wird Bekanntes aus der ersten Hommage »Ein Leben für die Freiheit« präsentiert, u.a. eine Komposition für den Film »Zorbas«, »Algunas Bestias« aus dem »Canto General«, Jannis Ritsos Text »Spiegelung«, aber auch Neues wie »Du bist Griechenland« und »Friede«. Beteiligt sind wieder Rolf Becker (Rezitation), Gerhard Folkerts (Programmgestaltung, Klavier) und Julia Schilinski (Gesang). Zusätzlich treten auf: die Hamburger Singakademie unter Leitung von Jörg Mall und Eberhard Rondholz, der wechselweise in Berlin und auf der Insel Skópelos lebt und Hinweise zur Entwicklung in Griechenland gibt.

Die Eintrittskarten kosten 21 Euro (ermäßigt 12 Euro). Vorverkauf unter Telefon 24 87 13 oder per E-Mail an [kartenservice@schauspielhaus.de](mailto:kartenservice@schauspielhaus.de).

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: [heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de](mailto:heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) oder [tim.golke@linksfraktion.de](mailto:tim.golke@linksfraktion.de). Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Bucceriusstr. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Tim Golke MdHB, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg.